

Gesellschaftsrecht

Saenger

6. Auflage 2023
ISBN 978-3-8006-6977-6
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Gesellschaftsrecht

Von

Dr. Ingo Saenger

Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

6. Auflage 2023


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Saenger GesR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 6977 6

ISBN E-Book 978 3 8006 6978 3

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Gesellschaftsrecht ist eine äußerst „lebendige“ Materie. Dies belegt nicht nur die Vielzahl der im Entscheidungsregister nachgewiesenen obergerichtlichen Entscheidungen. Vor allem die umfangreiche Rechtsprechung des II. Zivilsenats des BGH zeichnet aktuelle Entwicklungen unternehmerischen Handelns nach und reagiert auf Gesetzesänderungen, die in diesem Rechtsgebiet mit besonderer Regelmäßigkeit eintreten. Für diese Neuauflage waren gleich mehrere grundlegende Reformen zu berücksichtigen. Auch wenn diese teilweise mit zeitlichem Abstand in Kraft treten, haben sie entweder schon im Bundesgesetzblatt ihren Niederschlag gefunden oder ist die parlamentarische Verabschiedung sicher absehbar.

Verlag und Autor haben sich deshalb darauf verständigt, das Lehrbuch auf den – soweit bei Drucklegung Ende 2022 absehbaren – Rechtsstand am 1.1.2024 zu bringen. Die „Ziellinie“ bildet somit das vollständige Inkrafttreten des bereits verkündeten Gesetzes zur *Modernisierung des Personengesellschaftsrecht* (BGBl. 2021 I 3436). Neben zahlreichen Detailänderungen zeichnet sich das MoPeG nämlich vor allem durch eine Änderung des gesetzlichen Leitbilds der Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit der vollständigen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Außengesellschaft sowie Neuregelungen im Haftungsregime der GbR aus. Dabei handelt es sich zwar im Wesentlichen um die gesetzliche Anerkennung einer lange gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung. Wer sich aber heute erstmals mit dem Personengesellschaftsrecht befasst und dem neuen Recht im Examen begegnen wird, sollte sich von vornherein mit den zahlreichen neuen „Hausnummern“ vertraut machen, die nicht nur die GbR, sondern auch OHG und KG betreffen. Für Fragen zum bisherigen und bis Ende 2023 fortgeltenden Recht muss deshalb auf die weiterhin online verfügbare 5. Auflage dieses Lehrbuchs verwiesen werden.

Das zu Beginn 2023 in Kraft getretene Gesetz zur *Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts* (BGBl. 2021 I 882) ist ebenso berücksichtigt wie das Gesetz zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts (BGBl. 2021 I 2947). Diese grundlegende *Stiftungsrechtsreform* wird in zwei Stufen in Kraft treten. Ab Juli 2023 gilt erstmals ein bundesweit vereinheitlichtes materielles Stiftungsrecht. Dem Erfordernis der Transparenz dient zudem ein elektronisch geführtes Stiftungsregister, das aber erst 2026 zentral beim Bundesamt für Justiz eingerichtet wird; damit verbunden wird die Führung eines die Rechtsform der Stiftung anzeigenden Namenszusatzes sein.

Ab August 2023 gilt das Gesetz zur Ergänzung der Regelungen zur *Umsetzung der Digitalisierungs-RL* (BGBl. 2022 I 1146). Dieses wurde erforderlich, weil sich schon vor der Umsetzung der Digitalisierungs-RL (EU) 2019/1151 (ABl. 2019 L 186, 80) – als eine Hälfte des „Company Law Package“ der EU – mit dem im Wesentlichen im August 2022 in Kraft getretenen DiRUG (BGBl. 2021 I 3338), das insbesondere die Online-Gründung der GmbH und weitere *Online-Verfahren* für Registeranmeldungen bei Kapitalgesellschaften ermöglicht, Ergänzungsbedarf abzeichnete. Die zweite Hälfte des Pakets bildet die bis 31.1.2023 umzusetzende Umwandlungs-RL (EU) 2019/2121 (ABl. 2019 L 321, 1). Diese beinhaltet nicht nur eine Modernisierung und Erweiterung des bestehenden Umwandlungsrechts. Vor allem wird erstmals ein

Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Spaltungen und Formwechsel geschaffen, was zu einer weitergehenden Harmonisierung der Regelungen für grenzüberschreitende Verschmelzungen führt. Auch wenn es ihren Regelungsgegenstand treffend umschreibt, ist die verbreitete Bezeichnung als Mobilitäts-RL abzulehnen, weil es zu Verwechslungen mit einer gleichnamigen RL von 2014 zur Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten führen kann. Das Gesetz zur *Umsetzung der Umwandlungs-RL* (UmRUG, BGBl. 2023 I Nr. 51) ist ebenso wie das korrespondierende Gesetz zur Umsetzung der Bestimmungen der Umwandlungs-RL über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen (BGBl. 2023 I Nr. 10) auf dem Stand der Verkündung berücksichtigt.

Zur Diskussion steht schließlich eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gebundenem Vermögen (GmbH-gebV)“. Die Schaffung einer entsprechenden neuen *Rechtsform für „Verantwortungseigentum“* findet zwar im Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Erwähnung (Zeilen 925 ff.). Ungewiss ist aber, ob das Vorhaben umgesetzt oder hingegen erkannt wird, dass sich die angestrebten Ziele schon heute mit der in ihrer Gestaltung äußerst flexiblen Stiftung in idealer Weise verwirklichen lassen. Ungeachtet dessen werden auch die Grundsätze dieser angedachten neuen Rechtsform im Zusammenhang mit den Sonderformen der GmbH skizziert.

Ohne vielfältige Unterstützung wäre auch die Neuauflage nicht zu verwirklichen gewesen. Zu danken ist an erster Stelle den Lesern, die sich konstruktiv zur Voraufgabe geäußert haben. Ihre Verbesserungsvorschläge stellen einen besonders wertvollen Beitrag zur Fortentwicklung des Werks dar. Auch die 6. Auflage bleibt auf diese kritische Begleitung angewiesen. Ich bin für jeden Hinweis zur Verbesserung dankbar, der mich unter der E-Mail-Adresse saenger@uni-muenster.de erreicht. Dank zu sagen ist auch meinen Assistentinnen und Assistenten für ihre Mitwirkung bei der Vorbereitung der Neuauflage. Für andere mehr seien an dieser Stelle Tim Schieferstein, Marcel Scholz und Johanna Tönnies genannt. Für die umfassende redaktionelle Betreuung und Bearbeitung der Manuskripte ist ihnen ebenso wie Andrea Freund zu danken. Für die ausgezeichnete Unterstützung seitens des Lektorats des Verlags Franz Vahlen gebührt Bärbel Smakman Dank.

Münster, im Dezember 2022

Ingo Saenger

Aus dem Vorwort zur 1. Aufl. (2010)

Das Lehrbuch soll Studierenden im Grundstudium ebenso wie im Schwerpunktbereich den Zugang zum Gesellschaftsrecht eröffnen. Zehn Teile beinhalten nicht nur sämtliche ausbildungs- und klausurrelevanten Themen. Abgehandelt werden alle Personen- und Kapitalgesellschaften sowie nicht kapitalistische Körperschaften (1. bis 4. Teil). Auch und vor allem im Gesellschaftsrecht sind europäische Einflüsse unübersehbar und von weiter wachsender Bedeutung. Das gilt für die immer zahlreicheren Regelungen des europäischen Gesetzgebers ebenso wie für die europäischen Rechtsformen. Auch Scheinauslandsgesellschaften und grenzüberschreitende Kooperationen gehören zum Alltag. Dem ist der 5. Teil gewidmet. Unvollständig wäre eine Darstellung, die nicht auch Umwandlung, Konzern und Mitbestimmung erfasst (6., 7. und 9. Teil). Unternehmerisches Handeln ist immer auch „steuergetrieben“. Wer sich mit Gesellschaftsrecht befasst, benötigt zumindest ein Grundverständnis von Bilanzierung, Rechnungslegung und Unternehmensbesteuerung (8. Teil). Unternehmen können immense Werte verkörpern. Deshalb sind sie Gegenstand von Transaktionen. Der abschließende Teil ist folglich den Grundlagen von *Mergers & Acquisitions* gewidmet (10. Teil). Die Praxisrelevanz wird auch dadurch belegt, dass *M&A* an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster den Gegenstand eines von der *JurGrad* organisierten und berufsbegleitend angebotenen Postgraduierten-Studiengangs mit dem Abschluss *LL.M.* bzw. *EMBA* bildet. Das Gesellschaftsrecht ist wie wenige Rechtsgebiete durch *Case Law* geprägt. Häufig tragen die Entscheidungen eigene Namen. Sie stehen für die richterrechtlich geschaffenen Eckpfeiler des Gesellschaftsrechts. 50 der wichtigsten Urteile sind deshalb am Ende mit ihren Kernaussagen zusammengefasst.

Münster, im Mai 2010

Ingo Saenger



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Aufl. (2010)	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis – Auswahl	XXXVII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Begriff und Abgrenzung	1
I. Definition der Gesellschaft	1
II. Keine Gesellschaften	1
§ 2 Gesellschaftsformen und Rechtsformwahl	3
I. Körperschaften und Personengesellschaften	3
II. Kriterien für die Rechtsformwahl	6
III. Numerus clausus der Gesellschaftsformen	11
IV. Innen- und Außengesellschaft	12
2. Teil. Personengesellschaften	13
§ 3 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	13
I. Allgemeines	15
II. Rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts	23
III. Nicht rechtsfähige Gesellschaft	126
§ 4 Offene Handelsgesellschaft (OHG)	131
I. Allgemeines	133
II. Gesellschaftsvertrag	138
III. Innenverhältnis	141
IV. Außenverhältnis	157
V. Wechsel im Mitgliederbestand	174
VI. Beendigung	179
§ 5 Kommanditgesellschaft (KG)	183
I. Begriff und Rechtsnatur	184
II. Gesellschaftsvertrag	186
III. Innenverhältnis	188
IV. Außenverhältnis	191
V. Wechsel im Mitgliederbestand	199
VI. Beendigung	203
§ 6 Stille Gesellschaft (stG)	204
I. Begriff und Rechtsnatur	204
II. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	206
III. Abgrenzung vom partiarischen Darlehen	207
IV. Beendigung	208
V. Atypische Stille Gesellschaft	209
VI. Insolvenz	210
§ 7 Personengesellschaften für Freiberufler: GbR, PartG, PartG mbB, Anwalts-GmbH & Co. KG	211
I. Allgemeines	212
II. Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	214
III. Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartG mbB)	220
IV. Freiberufler-Handelsgesellschaft, Anwalts-GmbH & Co. KG	222

§ 8 Atypische Personengesellschaften	224
I. GmbH & Co. KG	224
II. Publikumpersonengesellschaften	231
3. Teil. Nichtkapitalistische Körperschaften	237
§ 9 Eingetragener Verein (e.V.)	237
I. Begriff, Abgrenzung und Erscheinungsformen	237
II. Zwecksetzung	238
III. Gründung und Satzung	240
IV. Erlangung der Rechtsfähigkeit	243
V. Organe	244
VI. Mitgliedschaft	248
VII. Haftung	250
VIII. Auflösung und Beendigung	252
§ 10 Verein ohne Rechtspersönlichkeit	253
I. Begriff, Abgrenzung und anwendbares Recht	253
II. Haftung	254
III. Folgen der fehlenden Rechtsfähigkeit	255
§ 11 Stiftung	256
I. Begriff und Abgrenzung	257
II. Zwecksetzung	260
III. Errichtung und Satzung	266
IV. Organisation	270
V. Verbindlichkeiten und Haftung	272
VI. Satzungs- und Zweckänderungen	273
VII. Zulegung und Zusammenlegung	275
VIII. Beendigung	275
IX. Stiftungsaufsicht	276
X. Stiftungsregister	276
XI. Alternativen	277
§ 12 Genossenschaft (eG)	280
I. Begriff	280
II. Rechtsnatur	281
III. Gründung und Auflösung	282
IV. Verfassung	283
V. Mitgliedschaft	286
§ 13 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)	289
4. Teil. Kapitalistische Körperschaften	291
§ 14 Aktiengesellschaft (AG)	291
I. Grundlagen	293
II. Gründung	296
III. Aktionär	307
IV. Organe	321
V. Finanzverfassung	353
VI. Beendigung	383
VII. Real Estate Investment Trust (REIT)	388
§ 15 Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)	390
I. Grundlagen	390
II. Entstehung	391
III. Organisationsverfassung	392
IV. Finanzverfassung	394
V. Beendigung	394
VI. Sonderfragen	395
§ 16 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	395
I. Grundlagen	398
II. Gründung	399
III. Mitgliedschaft	418

IV. Organe	432
V. Finanzverfassung	449
VI. Beendigung und Liquidation	466
VII. Sonderformen	467
5. Teil. Grenzüberschreitende Kooperationen	477
§ 17 Grundlagen	477
I. Allgemeines	477
II. Gesellschaftsstatut	478
III. „Anerkennung“ von Gesellschaften	479
IV. Perspektive	481
§ 18 Europäische Rechtsformen	483
I. Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	484
II. Europäische Gesellschaft (SE)	486
III. Europäische Genossenschaft (SCE)	489
IV. Europäische Privatgesellschaft (SPE)	491
V. Europäische Einpersonengesellschaft (SUP)	492
VI. Weitere europäische Rechtsformen	493
§ 19 Europäisches Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	494
I. Niederlassungsfreiheit (Art. 49, 54 AEUV)	495
II. EU-Recht im Bereich des Gesellschaftsrechts	504
III. Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts	508
§ 20 Internationales Gesellschaftsrecht	510
I. Begriff und Funktion	510
II. Anknüpfungsgegenstand und Anknüpfungspunkt	511
III. Rechtsquellen	511
IV. Einzelfragen	511
§ 21 „Scheinauslandsgesellschaften“	517
I. Grundlagen	517
II. Beispiele	519
6. Teil. Umwandlung	521
§ 22 Grundlagen	521
I. Umwandlung als Alternative zu Liquidation und Neugründung	521
II. Entwicklung des Umwandlungsrechts	521
III. Umwandlungsarten	522
IV. Regelungssystematik	524
V. Umwandlungsverfahren	524
§ 23 Verschmelzung	525
I. Verschmelzungsarten	525
II. Verschmelzungsfähige Rechtsträger	526
III. Verschmelzungsverfahren	527
IV. Rechtsformabhängige Voraussetzungen des Verschmelzungsverfahrens	531
V. Rechtswirkungen der Verschmelzung	533
§ 24 Spaltung	534
I. Spaltungsarten	534
II. Spaltungsfähige Rechtsträger	535
III. Spaltungsverfahren	535
IV. Rechtsformabhängige Voraussetzungen der Spaltung	536
V. Rechtswirkungen der Spaltung	537
§ 25 Formwechsel	538
I. Möglichkeiten	538
II. Formwechselfähige Rechtsträger	539
III. Verfahren des Formwechsels	540
IV. Rechtsformabhängige Voraussetzungen des Formwechsels	541
V. Rechtswirkungen des Formwechsels	541

§ 26 Grenzüberschreitende Umwandlungen	542
I. Überblick und rechtlicher Rahmen	543
II. Systematik und Anwendungsbereich	545
III. Verfahren	547
IV. Schutzinstrumente	551
V. Verbleibender Regelungsbedarf und offene Fragen	553
7. Teil. Verbundene Unternehmen – Konzernrecht	555
§ 27 Grundlagen (AG- und GmbH-Konzern)	555
I. Grundlagen	555
II. Gründe einer Unternehmensverbindung	555
III. Regelungsbedarf wegen konzernspezifischer Gefahren- und Interessenlagen	556
IV. Rechtsgrundlagen des Konzerngesellschaftsrechts	558
V. Begrifflichkeiten	558
§ 28 Faktischer Konzern	565
I. Aktiengesellschaft	565
II. GmbH	569
III. Qualifizierte Eingriffe im faktischen AG- und GmbH-Konzern	571
§ 29 Vertragskonzern	573
I. Aktiengesellschaft	574
II. GmbH	579
8. Teil. Steuer und Bilanz	583
§ 30 Bilanzierung und Rechnungslegung	583
I. Komponenten des Jahresabschlusses	583
II. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	583
III. Bilanz	584
IV. Prinzip der doppelten Buchführung – Auflösung der Bilanz in Konten	589
V. Gewinn- und Verlustrechnung	592
VI. Anhang	592
VII. Lagebericht	593
§ 31 Grundlagen der Unternehmensbesteuerung	593
I. Bedeutung des Steuerrechts für das Gesellschaftsrecht	594
II. „Unternehmensteuerrecht“	594
III. Überblick über relevante Steuern	594
IV. Steuerliche Behandlung der Umwandlung von Gesellschaften	600
§ 32 Besteuerung von Personengesellschaften	601
I. Allgemeines zum Einkommensteuergesetz	601
II. Stellung der Personengesellschaft im Einkommensteuergesetz	604
III. Besteuerung von Mitunternehmerschaften	605
§ 33 Besteuerung von Kapitalgesellschaften	615
I. Allgemeines zum Körperschaftsteuergesetz	615
II. Objekt und Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer	616
III. Ermittlung des Gewinns	617
IV. Die Besteuerung der Gesellschafter	620
9. Teil. Mitbestimmung	625
§ 34 Mitbestimmungsrecht	625
I. Überblick	625
II. Historische Entwicklung	626
III. Normative Grundlagen	626
IV. Mitbestimmungserhaltung	632
V. Internationale Mitbestimmung	633
VI. Kritik	634

10. Teil. Mergers & Acquisitions	637
§ 35 Grundzüge des Unternehmenskaufs	637
I. Wirtschaftliche Bedeutung von Mergers & Acquisitions	637
II. Unterscheidung von Asset Deal und Share Deal	638
§ 36 Ablauf und Elemente des Unternehmenskaufs	641
I. Vorbereitungsphase	642
II. Letter of Intent	642
III. Due Diligence	643
IV. Unternehmenskaufvertrag	646
V. Finanzierung und Private Equity	647
VI. Betriebsübergang	650
VII. M&A-Streitigkeiten	653
§ 37 Kapitalmarktrechtliches (WpÜG, WpHG, MAR)	654
I. WpÜG	655
II. WpHG und MAR	660
Anhang – 56 Entscheidungen zum Gesellschaftsrecht	667
Entscheidungsverzeichnis	691
Paragrafenverzeichnis	725
Sachverzeichnis	743



beck-shop.de

 DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Aufl. (2010)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis – Auswahl	XXXVII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Begriff und Abgrenzung	1
I. Definition der Gesellschaft	1
II. Keine Gesellschaften	1
1. Organisationen des öffentlichen Rechts	2
2. Familienrechtliche Gemeinschaft	2
3. Bruchteilsgemeinschaft	2
4. Privatrechtliche Stiftung	3
5. Erbengemeinschaft	3
§ 2 Gesellschaftsformen und Rechtsformwahl	3
I. Körperschaften und Personengesellschaften	3
1. Grad der mitgliedschaftlichen Bindung	4
2. Willensbildung und organschaftliche Verselbstständigung	4
3. Rechtliche Verselbstständigung und Haftung	5
4. Überblick über Formen von Personengesellschaften und Körperschaften	5
II. Kriterien für die Rechtsformwahl	6
1. Zulässigkeit	7
2. Zweckmäßigkeit	7
III. Numerus clausus der Gesellschaftsformen	11
IV. Innen- und Außengesellschaft	12
2. Teil. Personengesellschaften	13
§ 3 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	13
I. Allgemeines	15
1. Begriff	19
2. Erscheinungsformen	20
a) Außen- und Innengesellschaften	20
b) Gelegenheits- und Dauergesellschaften	21
c) Publikums-GbR	22
II. Rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts	23
1. Allgemeines	23
a) Rechtsnatur	23
b) Abgrenzung	27
c) Gesellschaftsregister	30
2. Gesellschaftsvertrag	34
a) Vertragsschluss	34
b) Gemeinsamer Zweck	35
c) Dogmatische Einordnung des Vertrags	36
d) Vertragsauslegung	38
e) Vertragsänderung	39
f) Mängel des Gesellschaftsvertrags	40
3. Gesellschaftsvermögen	49
a) Gegenstand und Anreicherung	49
b) Verfügungen	50

4. Innenverhältnis	51
a) Entstehen im Innenverhältnis und Mitgliedschaft	52
b) Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung	53
c) Rechte der Gesellschafter	53
d) Pflichten der Gesellschafter	57
e) Geschäftsführung	65
f) Beschlussfassung	74
g) Kontrolle	79
h) Ansprüche aus dem Gesellschaftsverhältnis	81
5. Außenverhältnis	85
a) Entstehen im Außenverhältnis	85
b) Stellvertretung	85
c) Haftung von Gesellschaft und Gesellschaftern	90
d) Durchsetzung der Ansprüche	104
e) Besonderheiten bei Geschäften mit Gesellschaftern	105
6. Wechsel im Mitgliederbestand	105
a) Ausscheiden von Gesellschaftern	106
b) Eintritt von Gesellschaftern	112
c) Rechtsgeschäftliche Übertragung der Mitgliedschaft	116
7. Beendigung	118
a) Auflösung	118
b) Auseinandersetzung	121
III. Nicht rechtsfähige Gesellschaft	126
1. Allgemeines	126
2. Erscheinungsformen	126
3. Gesellschaftsvertrag	128
4. Innenverhältnis	129
5. Wechsel im Mitgliederbestand	129
6. Beendigung	130
§ 4 Offene Handelsgesellschaft (OHG)	131
I. Allgemeines	133
1. Begriff	133
2. Handelsregister	136
3. Rechtsnatur	136
4. Praktische Bedeutung	138
II. Gesellschaftsvertrag	138
1. Vertragsschluss	138
2. Scheingesellschaft	139
III. Innenverhältnis	141
1. Entstehen im Innenverhältnis	141
2. Rechte der Gesellschafter	141
3. Pflichten der Gesellschafter	150
4. Beschlussfassung	153
5. Beschlussmängel	155
IV. Außenverhältnis	157
1. Entstehen im Außenverhältnis	157
2. Stellvertretung	158
3. Haftung der OHG	162
4. Haftung der Gesellschafter	165
V. Wechsel im Mitgliederbestand	174
1. Ausscheiden von Gesellschaftern	174
2. Eintritt von Gesellschaftern	178
3. Rechtsgeschäftliche Übertragung der Mitgliedschaft	179
VI. Beendigung	179
1. Systematik	179
2. Auflösung	180
3. Liquidation	182
4. Vollbeendigung	183

§ 5 Kommanditgesellschaft (KG)	183
I. Begriff und Rechtsnatur	184
1. Begriff	184
2. Rechtsnatur	185
3. Firma	185
4. Erscheinungsformen	186
II. Gesellschaftsvertrag	186
1. Vertragsschluss	186
2. Handelsregistereintragung	187
III. Innenverhältnis	188
1. Entstehen im Innenverhältnis	188
2. Geschäftsführung	188
3. Kontroll- und Informationsrechte	189
4. Gewinn- und Verlustbeteiligung	190
5. Gewinnausschüttung	190
6. Treuepflicht und Wettbewerb	191
IV. Außenverhältnis	191
1. Entstehen im Außenverhältnis	191
2. Vertretung	192
3. Haftung der KG und der Gesellschafter	193
V. Wechsel im Mitgliederbestand	199
1. Ausscheiden und Eintritt von Gesellschaftern	199
2. Haftung beim Kommanditistenwechsel	200
VI. Beendigung	203
§ 6 Stille Gesellschaft (stG)	204
I. Begriff und Rechtsnatur	204
1. Begriff	204
2. Mitglieder	204
3. Gesellschaftsvermögen und Rechtsnatur	205
II. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	206
1. Geschäftsführung und Vertretung	206
2. Informationsrechte des stillen Gesellschafters	206
3. Gewinn- und Verlustbeteiligung	207
4. Haftung	207
III. Abgrenzung vom partiarischen Darlehen	207
IV. Beendigung	208
1. Auflösung	208
2. Auseinandersetzung	209
V. Atypische Stille Gesellschaft	209
1. Stille Gesellschaft mit Vermögensbeteiligung	210
2. Stille Gesellschaft mit Geschäftsführungsbefugnissen des stillen Gesellschafters	210
VI. Insolvenz	210
§ 7 Personengesellschaften für Freiberufler: GbR, PartG, PartG mbB, Anwalts-GmbH & Co. KG	211
I. Allgemeines	212
II. Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	214
1. Begriff	214
2. Gesellschaftsvertrag und Gründung	214
3. Gesellschaftsvermögen	215
4. Innenverhältnis	215
5. Außenverhältnis	216
6. Haftung der PartG und der Gesellschafter	217
7. Wechsel im Mitgliederbestand	218
8. Beendigung	219
III. Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartG mbB)	220
1. Begriff	220
2. Voraussetzungen	220
3. Rechtsfolgen	222
IV. Freiberufler-Handelsgesellschaft, Anwalts-GmbH & Co. KG	222

§ 8 Atypische Personengesellschaften	224
I. GmbH & Co. KG	224
1. Begriff	224
2. Gesellschaftsvertrag und Gründung	226
3. Innenverhältnis	227
4. Außenverhältnis	229
5. Wechsel im Mitgliederbestand	231
6. Beendigung	231
II. Publikumspersonengesellschaften	231
1. Begriff	231
2. Besonderheiten	232
3. Teil. Nichtkapitalistische Körperschaften	237
§ 9 Eingetragener Verein (e.V.)	237
I. Begriff, Abgrenzung und Erscheinungsformen	237
II. Zwecksetzung	238
1. Zulässige Vereinszwecke	238
2. Abgrenzung von wirtschaftlichem und nichtwirtschaftlichem Verein	239
3. Nebenzweckprivileg	239
4. Bestimmung des Vereinszwecks	240
III. Gründung und Satzung	240
1. Gründungsvorgang und Vorverein	240
2. Gründungsvertrag und Satzungsinhalt	241
3. Inhaltskontrolle der Satzung	242
4. Auslegung der Satzung	243
5. Treupflichten und Gleichbehandlungsgebot	243
IV. Erlangung der Rechtsfähigkeit	243
V. Organe	244
1. Vorstand	244
2. Mitgliederversammlung	246
VI. Mitgliedschaft	248
1. Beginn der Mitgliedschaft	248
2. Rechte und Pflichten der Mitglieder	249
3. Beendigung der Mitgliedschaft	250
VII. Haftung	250
1. Haftung des Vereins	250
2. Haftung des Vorstands	250
3. Haftung der Mitglieder	252
VIII. Auflösung und Beendigung	252
1. Verlust der Rechtsfähigkeit	252
2. Auflösung	252
§ 10 Verein ohne Rechtspersönlichkeit	253
I. Begriff, Abgrenzung und anwendbares Recht	253
II. Haftung	254
III. Folgen der fehlenden Rechtsfähigkeit	255
§ 11 Stiftung	256
I. Begriff und Abgrenzung	257
II. Zwecksetzung	260
1. Inhalt	260
2. Erscheinungsformen in Abhängigkeit vom Stiftungszweck	261
III. Errichtung und Satzung	266
1. Allgemeines	266
2. Errichtung zu Lebzeiten	266
a) Stiftungsgeschäft	266
b) Stiftungssatzung	267
c) Rechtsnatur des Stiftungsgeschäftes	267
d) Ausstattung mit Stiftungsvermögen	268

3. Errichtung von Todes wegen	269
4. Anerkennung	269
IV. Organisation	270
1. Stifter	270
2. Vorstand	270
3. Organisationsstrukturen	271
4. Bestimmung der Organmitglieder	271
5. Rechte und Pflichten der Organmitglieder	272
V. Verbindlichkeiten und Haftung	272
1. Haftung des Stifters	272
2. Haftung der Stiftung	272
3. Haftung des Vorstandes und weiterer Organe	273
4. Haftung der Stiftungsaufsichtsbehörde	273
VI. Satzungs- und Zweckänderungen	273
VII. Zulegung und Zusammenlegung	275
VIII. Beendigung	275
1. Auflösung	275
2. Umwandlung	275
IX. Stiftungsaufsicht	276
X. Stiftungsregister	276
XI. Alternativen	277
1. Stiftung GmbH	277
2. Stiftung AG	278
3. Stiftung e. V.	278
4. Mögliche neue Rechtsform: Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmbH-gebV)	279
§ 12 Genossenschaft (eG)	280
I. Begriff	280
II. Rechtsnatur	281
III. Gründung und Auflösung	282
IV. Verfassung	283
1. Generalversammlung	283
2. Aufsichtsrat	283
3. Vorstand	284
4. Disponibilität	284
5. Rechnungslegung und Prüfungspflicht	285
V. Mitgliedschaft	286
1. Erwerb	286
2. Beendigung	287
3. Finanzielle Aspekte	287
4. Fördergeschäfte	288
5. Sonstige Rechte und Pflichten	289
§ 13 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)	289
4. Teil. Kapitalistische Körperschaften	291
§ 14 Aktiengesellschaft (AG)	291
I. Grundlagen	293
1. Rechtsnatur	293
2. Zweck	293
3. Historischer Hintergrund	294
4. Anwendbares Recht	294
5. Typen	295
6. Interessen und Interessenkonflikte	295
II. Gründung	296
1. Verfahren	296
2. Vorgesellschaft	303
3. Gründungsmängel	306
III. Aktionär	307
1. Mitgliedschaftliche Grundlagen	307

2. Erwerb der Aktionärsstellung	309
3. Verlust der Aktionärsstellung	310
4. Rechte des Aktionärs	312
5. Pflichten des Aktionärs	319
6. Minderheitenschutz	320
IV. Organe	321
1. Allgemeines	321
2. Vorstand	322
3. Aufsichtsrat	335
4. Hauptversammlung	342
V. Finanzverfassung	353
1. Grundlagen	353
2. Kapitalaufbringung	354
3. Kapitalerhaltung	359
4. Kapitalerhöhung und -herabsetzung	366
5. Sonstige Maßnahmen der Kapitalbeschaffung	379
6. Jahresabschluss	381
7. Gewinnverwendung	383
VI. Beendigung	383
1. Auflösungstatbestände	384
2. Liquidation	386
3. Vollbeendigung	387
VII. Real Estate Investment Trust (REIT)	388
§ 15 Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)	390
I. Grundlagen	390
1. Begriff	390
2. Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung	391
II. Entstehung	391
1. Neugründung	392
2. Umwandlung	392
III. Organisationsverfassung	392
1. Komplementäre	392
2. Kommanditaktionäre	393
3. Hauptversammlung	393
4. Aufsichtsrat	394
IV. Finanzverfassung	394
1. Kapitalaufbringung	394
2. Gewinnverteilung	394
V. Beendigung	394
VI. Sonderfragen	395
1. Mitbestimmung	395
2. Konzernrecht	395
3. GmbH & Co. KGaA	395
§ 16 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	395
I. Grundlagen	398
II. Gründung	399
1. Verfahren	399
2. Mängel im Gründungsakt	408
3. „Vorstufen“ und Rechtslage vor Eintragung	408
4. Vorrats- und Mantelgründung	416
III. Mitgliedschaft	418
1. Inhalt	418
2. Erwerb und Übertragung	422
3. Beendigung	427
4. Belastung des GmbH-Anteils und Zwangsvollstreckung	430
IV. Organe	432
1. Geschäftsführer	432
2. Gesellschafterversammlung	442

3. Weitere Organe	447
V. Finanzverfassung	449
1. Grundlagen	449
2. Kapitalaufbringung	449
3. Kapitalerhaltung	454
4. Kapitalerhöhung und -herabsetzung	458
5. Gesellschafterdarlehen	459
6. Haftung der Gesellschafter	461
7. Jahresabschluss	465
8. Gewinnverwendung	465
VI. Beendigung und Liquidation	466
1. Beendigungsgründe	466
2. Nichtigkeitsklage	467
3. Liquidation	467
VII. Sonderformen	467
1. Einpersonen-GmbH	467
2. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	471
5. Teil. Grenzüberschreitende Kooperationen	477
§ 17 Grundlagen	477
I. Allgemeines	477
II. Gesellschaftsstatut	478
1. Einheitliches Gesellschaftsstatut	478
2. Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	478
III. „Anerkennung“ von Gesellschaften	479
IV. Perspektive	481
§ 18 Europäische Rechtsformen	483
I. Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	484
II. Europäische Gesellschaft (SE)	486
III. Europäische Genossenschaft (SCE)	489
IV. Europäische Privatgesellschaft (SPE)	491
V. Europäische Einpersonengesellschaft (SUP)	492
VI. Weitere europäische Rechtsformen	493
1. Europäischer Verein (EA)	493
2. Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft (ME)	493
3. Europäische Stiftung	494
§ 19 Europäisches Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	494
I. Niederlassungsfreiheit (Art. 49, 54 AEUV)	495
1. Allgemeines	496
2. Gründung	497
3. Sitzverlegung und grenzüberschreitende Verschmelzung	497
4. Auswirkungen auf das deutsche Recht	502
5. Niederlassungsfreiheit und Steuerrecht	504
II. EU-Recht im Bereich des Gesellschaftsrechts	504
1. Richtlinien	505
2. Verordnungen	508
3. Empfehlungen und Stellungnahmen	508
III. Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts	508
§ 20 Internationales Gesellschaftsrecht	510
I. Begriff und Funktion	510
II. Anknüpfungsgegenstand und Anknüpfungspunkt	511
III. Rechtsquellen	511
IV. Einzelfragen	511
1. Rechtsfähigkeit	511
2. Vertretung	512
3. Gesellschafterhaftung	512
4. Mitbestimmung	512
5. Konzernrecht	513

6. Handelsregisterrecht	513
7. Name und Firma	514
8. Formerfordernisse	514
9. Identitätswahrende Sitzverlegung	514
10. Grenzüberschreitende Umwandlung	515
11. Insolvenz	516
12. Internationale gerichtliche Zuständigkeit	516
§ 21 „Scheinauslandsgesellschaften“	517
I. Grundlagen	517
II. Beispiele	519
1. Frankreich	519
2. Spanien	520
6. Teil. Umwandlung	521
§ 22 Grundlagen	521
I. Umwandlung als Alternative zu Liquidation und Neugründung	521
II. Entwicklung des Umwandlungsrechts	521
III. Umwandlungsarten	522
IV. Regelungssystematik	524
V. Umwandlungsverfahren	524
§ 23 Verschmelzung	525
I. Verschmelzungsarten	525
II. Verschmelzungsfähige Rechtsträger	526
III. Verschmelzungsverfahren	527
1. Verschmelzungsvertrag	527
2. Verschmelzungsbericht	529
3. Prüfung der Verschmelzung	529
4. Verschmelzungsbeschlüsse	530
5. Eintragung der Verschmelzung	530
IV. Rechtsformabhängige Voraussetzungen des Verschmelzungsverfahrens	531
1. Inhalt des Verschmelzungsvertrags	531
2. Verschmelzungsberichte/Verschmelzungsbeschlüsse/Eintragung	531
3. Sonstige rechtsformabhängige Spezialvorschriften	532
V. Rechtswirkungen der Verschmelzung	533
§ 24 Spaltung	534
I. Spaltungsarten	534
II. Spaltungsfähige Rechtsträger	535
III. Spaltungsverfahren	535
IV. Rechtsformabhängige Voraussetzungen der Spaltung	536
V. Rechtswirkungen der Spaltung	537
§ 25 Formwechsel	538
I. Möglichkeiten	538
II. Formwechselfähige Rechtsträger	539
III. Verfahren des Formwechsels	540
IV. Rechtsformabhängige Voraussetzungen des Formwechsels	541
V. Rechtswirkungen des Formwechsels	541
§ 26 Grenzüberschreitende Umwandlungen	542
I. Überblick und rechtlicher Rahmen	543
II. Systematik und Anwendungsbereich	545
III. Verfahren	547
1. Umwandlungsplan	547
2. Umwandlungsbericht	548
3. Prüfung der Umwandlung	549
4. Umwandlungsbeschlüsse	549
5. Rechtmäßigkeitskontrolle	550
IV. Schutzinstrumente	551
1. Minderheitsgesellschafter	551
2. Gläubiger	552

3. Arbeitnehmer	553
V. Verbleibender Regelungsbedarf und offene Fragen	553
7. Teil. Verbundene Unternehmen – Konzernrecht	555
§ 27 Grundlagen (AG- und GmbH-Konzern)	555
I. Grundlagen	555
II. Gründe einer Unternehmensverbindung	555
III. Regelungsbedarf wegen konzernspezifischer Gefahren- und Interessenlagen	556
1. Schutzbedürfnis in der beherrschten Gesellschaft	556
2. Schutzbedürfnis in der herrschenden Gesellschaft	557
3. Problematik der Konzernleitungsmacht: Konzernrecht als Organisationsrecht	557
IV. Rechtsgrundlagen des Konzerngesellschaftsrechts	558
V. Begrifflichkeiten	558
1. Unternehmensbegriff (§§ 15 ff. AktG)	558
2. Abhängigkeit (§ 17 AktG)	560
3. Einheitliche Leitung	562
4. Gleichordnungskonzern und wechselseitige Beteiligung	563
5. Mitteilungspflichten (§§ 20 ff. AktG)	564
§ 28 Faktischer Konzern	565
I. Aktiengesellschaft	565
1. Nachteilsausgleich (§ 311 II AktG)	565
2. Haftung	568
3. Eingliederung und Squeeze-out	569
II. GmbH	569
1. Keine analoge Anwendung von §§ 311 ff. AktG	570
2. Treuepflicht und Rechtsfolgen ihrer Verletzung	570
3. Minderheiten- und Gläubigerschutz	571
III. Qualifizierte Eingriffe im faktischen AG- und GmbH-Konzern	571
1. Grundlagen	571
2. Haftungskonzepte im GmbH-Recht	571
3. Haftungskonzepte im Aktienrecht	572
4. Rechtsfolgen	573
§ 29 Vertragskonzern	573
I. Aktiengesellschaft	574
1. Allgemeines	574
2. Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, § 291 AktG	575
3. Minderheiten- und Gläubigerschutz durch Haftung des herrschenden Unternehmens und seiner Geschäftsleiter	576
4. Minderheiten- und Gläubigerschutz durch Haftung der Geschäftsleitung der Untergesellschaft	579
II. GmbH	579
1. Vertragsabschluss und Vertragsbeendigung	580
2. Haftung des herrschenden Unternehmens	580
3. Haftung von Geschäftsleitern der Untergesellschaft	581
8. Teil. Steuer und Bilanz	583
§ 30 Bilanzierung und Rechnungslegung	583
I. Komponenten des Jahresabschlusses	583
II. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	583
III. Bilanz	584
1. Gliederung	584
2. Ansatzvorschriften	586
3. Bewertungsvorschriften	587
IV. Prinzip der doppelten Buchführung – Auflösung der Bilanz in Konten	589
1. Erfolgsneutrale Geschäftsvorfälle	589
2. Erfolgswirksame Geschäftsvorfälle	591
3. Verbuchung über Aufwands- und Ertragskonten	591
V. Gewinn- und Verlustrechnung	592

VI. Anhang	592
VII. Lagebericht	593
§ 31 Grundlagen der Unternehmensbesteuerung	593
I. Bedeutung des Steuerrechts für das Gesellschaftsrecht	594
II. „Unternehmensteuerrecht“	594
III. Überblick über relevante Steuern	594
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer (Dualismus der Unternehmensbesteuerung)	595
2. Gewerbesteuer	596
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer	598
4. Grunderwerbsteuer	599
IV. Steuerliche Behandlung der Umwandlung von Gesellschaften	600
§ 32 Besteuerung von Personengesellschaften	601
I. Allgemeines zum Einkommensteuergesetz	601
1. Steuerbare Einkünfte	601
2. Gewinn- und Überschusseinkünfte	602
3. Objektives Nettoprinzip	603
4. Subjektives Nettoprinzip	603
5. Progressiver Steuertarif	604
II. Stellung der Personengesellschaft im Einkommensteuergesetz	604
III. Besteuerung von Mitunternehmerschaften	605
1. Besteuerung der laufenden Einkünfte von Mitunternehmern	605
2. Steuerliche Ermittlung der Gewinne aus Mitunternehmerschaft	608
3. Besteuerung von Sondervorgängen	612
4. Begünstigung nicht entnommener Gewinne	614
§ 33 Besteuerung von Kapitalgesellschaften	615
I. Allgemeines zum Körperschaftsteuergesetz	615
II. Objekt und Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer	616
III. Ermittlung des Gewinns	617
1. Gewinn gemäß §§ 4 I, 5 I EStG iVm § 8 I 1 KStG als Ausgangsgröße	617
2. Spezielle körperschaftsteuerrechtliche Vorschriften zur Einkommensermittlung	617
3. Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen	619
IV. Die Besteuerung der Gesellschafter	620
1. Einkommensteuerpflichtige Gesellschafter	620
2. Körperschaftsteuerpflichtige Gesellschafter	622
9. Teil. Mitbestimmung	625
§ 34 Mitbestimmungsrecht	625
I. Überblick	625
II. Historische Entwicklung	626
III. Normative Grundlagen	626
1. Montanmitbestimmungsgesetz	626
2. Mitbestimmungsgesetz	628
3. Drittelbeteiligungsgesetz	631
IV. Mitbestimmungserhaltung	632
V. Internationale Mitbestimmung	633
1. Ausländische Mitbestimmungsregeln	633
2. Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE)	633
3. Mitbestimmung bei der Europäischen Genossenschaft (SCE)	634
VI. Kritik	634
10. Teil. Mergers & Acquisitions	637
§ 35 Grundzüge des Unternehmenskaufs	637
I. Wirtschaftliche Bedeutung von Mergers & Acquisitions	637
II. Unterscheidung von Asset Deal und Share Deal	638
1. Kaufgegenstand	638
2. Beteiligte	639
3. Gewährleistung	640

§ 36 Ablauf und Elemente des Unternehmenskaufs	641
I. Vorbereitungsphase	642
II. Letter of Intent	642
III. Due Diligence	643
1. Begriff und Interessenlage	643
2. Berechtigung der Zielgesellschaft zur Gestattung einer Due Diligence?	644
3. Anspruch des Veräußerers auf Gestattung einer Due Diligence?	645
4. Pflicht des Erwerbers zur Durchführung einer Due Diligence?	645
IV. Unternehmenskaufvertrag	646
1. Notwendigkeit vom Gesetz abweichender Regelungen	646
2. Regelungsgegenstände	646
V. Finanzierung und Private Equity	647
1. Leveraged Buy-Out und Management Buy-Out	648
2. Venture Capital	649
VI. Betriebsübergang	650
1. Anwendungsbereich von § 613 a BGB	650
2. Voraussetzungen	650
3. Rechtsfolgen	651
4. Widerspruchsrecht	652
VII. M&A-Streitigkeiten	653
§ 37 Kapitalmarktrechtliches (WpÜG, WpHG, MAR)	654
I. WpÜG	655
1. Regelungsziele	655
2. Systematik	655
3. Anwendungsbereich	656
4. Übernahmeverfahren	656
5. Zulässigkeit von Maßnahmen der Zielgesellschaft zur Abwehr einer Übernahme	657
II. WpHG und MAR	660
1. Regelungsziele und Systematik	660
2. Anwendungsbereich bei M&A-Transaktionen	661
3. Verbot von Insidergeschäften	661
4. Ad-hoc-Publizität	664
5. Beteiligungspublizität	666
Anhang – 56 Entscheidungen zum Gesellschaftsrecht	667
Entscheidungsverzeichnis	691
Paragrafenverzeichnis	725
Sachverzeichnis	743